



18.03.2016

Mitglieder des Kreistags
und des Sozialausschusses
des Landkreises Esslingen

Kurzprotokoll über die Sitzung
des Sozialausschusses
vom 17.03.2016

Anlage: 1

- Öffentlich -

1. Flüchtlinge

1.1 Sachstandsbericht zur Unterbringung von Flüchtlingen im Landkreis

Der Ausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung und die Vorlage 13/2016 zur Kenntnis.

1.2 Sachstandsbericht zur medizinischen Versorgung von Flüchtlingen

Der Ausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung und die Vorlage 14/2016 zur Kenntnis.

2. SGB II - Gemeinsame Einrichtung Jobcenter Landkreis Esslingen

- Sachstandsbericht zum 31.12.2015 und Ausblick 2016
- Kommunale Leistungen im SGB II
- Kreisarbeitsgemeinschaft Beschäftigungshilfen

Der Ausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung und die Vorlage 15/2016 zur Kenntnis.

Der Interfraktionelle Antrag der Freien Wähler, der CDU, der SPD und der Grünen liegt als Anlage bei.

Über diesen Antrag wird in der nächsten Sitzung des Sozialausschusses am 9. Juni 2016 beraten.

3. Konzeption "Beratung für Frauen in Gewalt- und Krisensituationen im Landkreis Esslingen"

Der Ausschuss fasst einstimmig folgende Beschlüsse:

- 3.1 Der Sozialausschuss stimmt der Konzeption Beratung für Frauen in Gewalt- und Krisensituationen im Landkreis Esslingen als Grundlage für eine landkreisweit einheitliche Beratung und Prävention zu.
- 3.2 Der Landkreis gewährt den Vereinen „Frauen helfen Frauen“ Esslingen, Filder und Kirchheim e. V. zur Umsetzung der o. g. Konzeption und zur Sicherstellung der darin enthaltenen Mindeststandards einen Zuschuss in Höhe von jährlich 31.100 €. Die Förderung ist zunächst befristet für den Zeitraum von 2016 bis 2018.

4. CRAFT - Konzept für Angehörigenarbeit in der Suchtberatung1. Erfahrungsbericht der Psychosozialen Beratungsstelle Nürtingen

Der Ausschuss fasst einstimmig folgende Beschlüsse:

- 4.1 Das CRAFT-Konzept und die bisherigen Erfahrungen in der Umsetzung werden zur Kenntnis genommen.
- 4.2 Die Fortführung und der Ausbau des CRAFT-Konzepts werden befürwortet.

**5. Verschiedenes
- Fachtagung "Wohnungsnotsituation"**

Der Vorsitzende informiert, dass die CDU-Kreistagsfraktion beantragt habe, die Kreisverwaltung zu beauftragen, mit den Städten und Gemeinden wegen der Ausweisung zusätzlicher Wohnbauflächen in einen Dialog einzutreten. Dabei soll Städten und Gemeinden, die nur über eine Eigenentwicklung verfügen und keine Wohnbauflächen mehr haben, die Möglichkeit gegeben werden, Vorschläge für die Ausweisung zusätzlicher Wohnbauflächen, insbesondere für den sozialen Wohnungsbau, zu erarbeiten.

Aufgrund der Komplexität der Aufgabenstellung plane die Verwaltung nun eine eintägige Fachtagung, bei der eine aktuelle landkreisbezogene Bedarfsanalyse zur Wohnungsnotsituation vorgestellt werde, mit der die "Gesellschaft für innovative Sozialforschung und Sozialplanung e. V." vom Landkreis bereits beauftragt worden sei. Aufbauend auf dieser Ist-Analyse werde der Verband Region Stuttgart seine Einschätzung betreffend der Bevölkerungsentwicklung und des Wohnungsbedarfs darlegen und die Bedingungen bei Planungsvorhaben im Rahmen der Regionalplanung vorstellen. Daran anschließend werde von Seiten des Landkreises auf die aktuellen baurechtlichen Rahmenbedingungen im Landkreis eingegangen.

Ergänzt werde diese Fachtagung durch Best-Practice-Beispiel aus Wien und Karlsruhe, sowie einem Vortrag über kostengünstiges und nachhaltiges Bauen durch die Architektenkammer Baden-Württemberg.

Zu dieser Veranstaltung würden Entscheidungsträger aus Kommunalverwaltung und Politik, Wohnungswirtschaft, Wohlfahrtsverbände, Stadtplaner, Banken und Vertreter der IHK und des Handwerks eingeladen werden.

Terminiert sei diese ganztägige Fachtagung auf 2. Juni 2016. Er bat, sich diesen Termin vorzumerken. Eine separate Einladung werde noch zugehen.

Der Ausschuss nimmt dies zur Kenntnis.

Gemeinsam mit dem Jugendhilfeausschuss

6. Kinder- und Jugendhilfe im demografischen Wandel - Kreisanalyse zum 2. Demografiebericht des KVJS-Landesjugendamtes

Der Ausschuss nimmt den Vortrag von Herrn Dr. Bürger, KVJS und die Ausführungen der Verwaltung sowie die Vorlage 18/2016 zur Kenntnis.

Heinz Eininger
Landrat

Landkreis Esslingen
Landrat Herrn H. Eininger
Sozialdezernat Frau K. Kiewel
Pulverwiesen 11
73728 Esslingen

Interfraktioneller Antrag der Freien Wähler, der CDU, der SPD und der Grünen

- 1. Die Landkreisverwaltung berichtet im Sozialausschuss, welche finanziellen Auswirkungen sich beim Wegfallen der Arbeitsmöglichkeiten in der Esslinger Beschäftigungsinitiative im Sozialetat ergeben würden.**
- 2. Die Landkreisverwaltung möge darlegen, ob es Lösungsmöglichkeiten gibt, die zum Jahresende drohende Schließung der EBI abzuwenden.**

Begründung:

Es ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, Langzeitarbeitslose zu unterstützen, die keine unmittelbare Aussicht auf eine reguläre ungeforderte Beschäftigung haben, seien es psychisch Kranke, chronisch Suchtkranke, Flüchtlinge, Wohnungslose oder ein sonstiger benachteiligter Personenkreis.

Bei Beziehern des ALG II richtet sich die aktuelle Arbeitsmarktpolitik inzwischen besonders an diejenigen, die eine gute Chance auf eine Rückkehr zu einer Beschäftigung auf dem ersten Arbeitsmarkt haben. Auch die stark steigende Zahl an Flüchtlingen oder Asylberechtigten im Landkreis weisen in die Richtung, dass der soziale Arbeitsmarkt nur noch mit öffentlich geförderter Beschäftigung funktionieren wird.

EBI ermöglicht diesem Personenkreis durch die Beschäftigung einerseits, den Alltag zu strukturieren und verhindert andererseits weitere soziale Ausgrenzung. Die Landeszuschüsse für die EBI laufen zum Jahresende aus. Es ist darzustellen, welche finanziellen Auswirkungen auf den Landkreis bei einem Wegfall dieser Beschäftigungsmöglichkeiten zukommen würden.

Die Sprecher der Fraktionen im Sozialausschuss: Joachim Gädeke Ursula Merkle
Solveig Hummel Margarete Schick-Häberle